

monetären Inlandsnachfrage nicht vor). Noch stärker wirkt sich der Fremdenverkehr in der außenwirtschaftlichen Position Österreichs aus: 1972 deckten die Netto-Deviseneingänge 81,6% des Handelsbilanzdefizites. Die Brutto-Einnahmen machten 1971 26,8% der Exporte im weiteren Sinn aus, das ist die zweithöchste Quote unter allen OECD-Ländern (nach Spanien) und die höchste der entwickelten Industriestaaten.

Um zunächst die kurzfristige Prognose der jeweils kommenden Sommer- bzw. Wintersaison zu verbessern, regte das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Herbst 1972 eine Erhebung knapp vor Saisonbeginn an, in der — ähnlich wie beim Konjunkturtest — die Erwartungen der unmittelbar betroffenen Kreise ermittelt werden sollten; dabei wurde in erster Linie an die Fremdenverkehrsreferenten der Gemeinden sowie an Inhaber von Hotels und Reisebüros gedacht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie erstellte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung ein Gutachten über die Methode einer solchen Erhebung. Die Auswertung der Erhebung durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung erfolgte erstmals im Dezember 1973 (für die beginnende Wintersaison). Dabei wurde die Erhebung unter den Fremdenverkehrsreferenten der Gemeinden von jener unter den Hotelinhabern getrennt ausgewertet.

Die Erhebung bei den Gemeinden

Ziel der Erhebung ist es, aus den Erwartungen von Personen, die direkt über die Fremdenverkehrsentwicklung in einzelnen Gemeinden informiert sind, Schätzwerte für die gesamte Nächtigungsentwicklung zu ermitteln. Dabei wird die Tatsache genutzt, daß die Buchungen den tatsächlichen Nächtigungen vorausgehen und deren Entwicklung somit frühzeitig anzeigen. Erhoben werden daher die Erwartungen der Fremdenverkehrsreferenten in erster Linie auf Grund bereits erfolgter Buchungen, aber auch infolge von Sondereinflüssen. Der Buchungsstand wird den Befragten als wichtigster Indikator ihrer Schätzung vorgegeben. Er ist eindeutig und läßt relativ genaue Vergleiche mit dem Vorjahrsstand am Befragungsstichtag zu. Dadurch schien es sinnvoll, die Erwartungen nicht nur qualitativ (z. B.: besser, gleich, schlechter), sondern auch quantitativ in Prozentveränderungen gegenüber dem Vorjahr zu erfassen:

Da die Zahl der Buchungen um so größer ist, je später die Erhebung erfolgt, und damit als Indikator der Nächtigungsentwicklung um so verlässlicher ist —, ergab sich folgendes Dilemma: Wird relativ spät erhoben, so nimmt zwar die Verlässlichkeit der einzelnen Prognosen zu, die Zahl der Gemeinden muß aber relativ klein gehalten werden, damit der Zeitaufwand für die Erfassung und Auswertung der

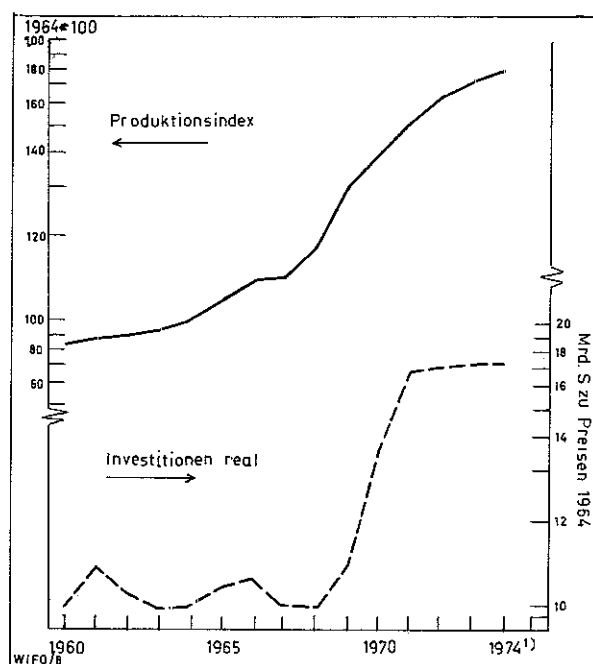
Daten so gering bleibt, daß die Ergebnisse rechtzeitig (für die Wintererhebung Mitte Dezember) vorliegen. Für eine Erhebung zu einem vergleichsweise früheren Zeitpunkt gilt das Umgekehrte. Es wurde die erstgenannte Alternative gewählt: Durch folgende Methode konnte die Zahl der Gemeinden klein gehalten und zugleich doch eine relativ große Teilmenge aller Nächtigungen erfaßt werden. Für jedes Bundesland wird die Gesamtheit aller Gemeinden in zwei Schichten geteilt. Die erste umfaßt die jeweils größten Fremdenverkehrsgemeinden, ihre Zahl entspricht der Hälfte der Gesamtzahl der Gemeinden, die für das jeweilige Bundesland in die Erhebung aufgenommen wurden. Für diese Schicht der Großgemeinden entspricht die Zahl der über die Befragung erfaßten Nächtigungen der Gesamtzahl der Nächtigungen in der Schicht. Die zweite Schicht umfaßt alle übrigen Gemeinden des Bundeslandes. Für diese Schicht der Klein-(Rest-)Gemeinden werden gleich viel Gemeinden in die Erhebung aufgenommen wie in der Schicht der Großgemeinden. Damit wird nur ein kleiner Teil dieser Gemeinden und somit der gesamten Nächtigungen dieser Schicht erfaßt.

Aus den Mittelwerten der gemeldeten Veränderungsraten beider Schichten wird ein mit dem Nächtigungsanteil jeder Schicht gewogener Mittelwert für das gesamte Bundesland errechnet.

Diese Trennung in Groß- und Kleingemeinden hat mehrere Vorteile: erstens wird die Konzentration der Nächtigungen auf die wichtigsten Fremdenverkehrsorte berücksichtigt und bei relativ kleinem Stichprobenumfang ein hoher Repräsentationsgrad der Erhebung erzielt. Weiters können gesonderte Prognosen für Hauptfremdenverkehrsorte und übrige Gemeinden ermittelt werden. Die Entwicklung ist häufig sehr unterschiedlich, wie Simulationsrechnungen der Stichprobe ergaben, etwa im Winterhalbjahr 1970/71 und im Sommerhalbjahr 1971. Auch die Ergebnisse der Testerhebungen für das Sommerhalbjahr 1973 und der nun abgeschlossenen Erhebung für das Winterhalbjahr 1973/74 sprechen dafür.

Neben der regionalen Schichtung in Bundesländer und innerhalb dieser in Groß- und Kleingemeinden werden die Nächtigungserwartungen getrennt nach der Herkunft einerseits (In- bzw. Ausländer) und der Unterkunftsart andererseits (gewerbliche Beherbergungsbetriebe bzw. private Quartiere) erhoben und ausgewertet. Das hat mehrere Vorteile: erstens bedeuten die so differenzierten Ergebnisse gegenüber dem Gesamtergebnis zusätzliche Information; so läßt sich insbesondere erst durch die Differenzierung nach der Herkunft eine Basis für eine Prognose der Deviseneinnahmen und -ausgaben aus dem Reiseverkehr gewinnen. Weiters wird durch die Schichtung die Verlässlichkeit der Prognose der gesamten Nächtigungsentwicklung erhöht: denn es wird die Information über die schichtenspezifische Verteilung der Nächtigungen im Basishalbjahr — sie ist auf Grund der Fremdenverkehrsstatistik gegeben — voll ausgenutzt. Dies gilt auch für die Schichtung in Groß- und Kleingemeinden sowie innerhalb dieser für die Berücksichtigung der relativen Nächtigungshäufigkeit jeder Gemeinde. Denn generell ist die Irrtumswahrscheinlichkeit eines aus einer möglichst vielfach geschichteten Stichprobe errechneten Schätzwertes geringer als bei einer reinen Zufallsstichprobe. Überdies verlangt die nach Herkunft und Unterkunftsart differenzierte Fragestellung von den Fremdenverkehrsreferenten eine tiefergehende Überlegung, als sie nur für die Gesamtentwicklung erforderlich wäre. Die Befürchtung, daß die befragten Personen dadurch überfordert und die Antwortquote entsprechend sinken würde, hat sich nicht bewahrheitet.

Abbildung 1
Entwicklung von Produktion und Investitionen in der
Industrie 1960/1974 (real)



1) Prognose.

im Herbst mit 88% noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Eine große Zahl von Betrieben meldet sogar eine bessere Auslastung als im Herbst des Vorjahres, insbesondere in Sparten, deren Exportmöglichkeiten 1972 durch die internationale Wachstumsabschwächung beeinträchtigt waren und

Investitionsziele 1973

	Bei % der Betriebe waren die Investitionsziele 1973		
	Kapazitäts- erweiterung	Rationali- sierung	Sonstige Zwecke
Industrie insgesamt	27	58	15
Grundstoffindustrie	21	40	39
Investitionsgüterindustrie	32	60	8
Konsumgüterindustrie	27	60	13
Bergwerke	2	77	21
Eisenerzeugende Industrie	61	35	4
Erdölindustrie	3	0	97
Stein- u. keramische Industrie	20	59	21
Glasindustrie	14	59	27
Chemische Industrie	46	42	12
Papierzeugung	21	65	14
Papierverarbeitung	45	40	15
Holzverarbeitung	36	55	9
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	31	54	15
Ledererzeugung	—	74	26
Lederverarbeitung	11	76	13
Gießereindustrie	36	60	4
Metallindustrie	45	54	1
Maschinen- Stahl- u. Eisenbau	28	68	4
Fahrzeugindustrie	30	65	5
Eisen- u. Metallwarenindustrie	21	70	9
Elektroindustrie	31	56	13
Textilindustrie	20	72	8
Bekleidungsindustrie	20	62	18

Übersicht 3

die ihre Exporte 1973 nach der internationalen Abschwächung 1971/72 steigern konnten.

Nach der raschen Kapazitätserweiterung der letzten Jahre traten 1973 Rationalisierungsinvestitionen in den Vordergrund; nur Stahlindustrie, Chemieindustrie und Papierverarbeitung zielten vorwiegend auf Kapazitätserweiterungen ab. Das Ausmaß der Kapazitätserweiterung wird für 1973 auf 47% geschätzt, für 1974 sind Erweiterungen um 48% geplant.

Nach den Angaben der Firmen sind die Unternehmungen 1974 nicht mehr so bemüht, ihren Beschäftigtenstand zu vergrößern, wie im Vorjahr. Von den drei Industriebereichen beabsichtigen nur die Hersteller von Investitionsgütern mehr Personal zu beschäftigen, darunter insbesondere Maschinen-, Stahl-, Metall-, Fahrzeug- sowie Eisen- und Metallwarenindustrie. Im Konsumgütersektor planen gleich viel Unternehmungen, ihren Beschäftigtenstand zu erweitern, wie ihn einzuschränken. Einschränkungen sind vor allem im Bekleidungsbereich (Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Ledererzeugung, Lederverarbeitung) sowie in den Bergwerken geplant.

Übersicht 4

Tendenz des Beschäftigtenstandes

	Tendenz des Beschäftigtenstandes für 1974		
	steigend	gleich- bleibend	fallend
	Firmenanteile in % ¹⁾		
Industrie insgesamt	24	60	16
Grundstoffindustrie	13	59	28
Investitionsgüterindustrie	38	52	10
Konsumgüterindustrie	16	68	16
Bergwerke	1	30	69
Eisenerzeugende Industrie	46	54	—
Erdölindustrie	—	98	2
Stein- u. keramische Industrie	6	77	17
Glasindustrie	14	81	5
Chemische Industrie	39	57	4
Papierzeugung	7	82	11
Papierverarbeitung	31	66	3
Holzverarbeitung	21	71	8
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	18	67	15
Ledererzeugung	12	59	29
Lederverarbeitung	7	72	21
Gießereindustrie	29	47	24
Metallindustrie	75	25	—
Maschinen- Stahl- u. Eisenbau	47	41	12
Fahrzeugindustrie	48	49	3
Eisen- u. Metallwarenindustrie	25	68	7
Elektroindustrie	26	51	23
Textilindustrie	7	66	27
Bekleidungsindustrie	16	48	36

1) Gewichtet mit der Beschäftigtenzahl.

Kapitalintensität ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland

Die Investitionen je Beschäftigten sind in der Industrie seit mehreren Jahren höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Für die letzten zwanzig Jahre (1953/1972) ergibt sich für die BRD ebenso wie

bis zu zwei Jahren. Die Dauer der Preisanpassung schwankt allerdings nach Gütergruppen. Nahezu simultan mit dem Konjunkturaufschwung werden die Lebensmittelpreise angepaßt. Etwas langsamer ist die Preisreaktion der nicht amtlich geregelten Dienstleistungen und einiger Verbrauchsgüter. Die Preise für die meisten industriellen und gewerblichen Erzeugnisse werden in der Regel während der zweiten Preiswelle erhöht, gleichzeitig werden die Dienstleistungs- und einige Nahrungsmittelpreise weiter hinaufgesetzt.

Die jüngste Teuerungswelle setzte etwa in der ersten Hälfte 1968 ein; sie ist ungewöhnlich lang und der Preisanstieg unerwartet kräftig. Sie wird von einer Reihe von Sonderfaktoren geprägt, ihre Entwicklung weicht daher deutlich von den früheren Wellen ab. Im Herbst 1969 verhinderten exogene Einflüsse, wie die DM-Aufwertung und steuerpolitische Maßnahmen, das Auslaufen der ersten Etappe; nach kurzer Beruhigung ging der Preisauftrieb in die zweite Phase über. Bis 1970 wurde der Preisauftrieb noch zu einem beträchtlichen Teil von der Außenwirtschaft angeregt, seit 1971 verlagerte sich das Schwergewicht zur Binnenwirtschaft: Infolge der an der Kapazitätsgrenze wachsenden Wirtschaft wurden die personellen und sachlichen Ressourcen weitgehend ausgeschöpft, die Zunahme der Lohnstückkosten beschleunigte sich, und der Rückstau im Bereich der amtlich geregelten Preise wurde größer. Die überdurchschnittlich steigenden Weltmarktpreise, der kräftige Preisauftrieb im Ausland sowie der von inflationären Erwartungen angeheizte Konsumboom auf Grund der Ankündigung des Umsatzsteuersystemwechsels beeinflussten in der Folge den Ablauf der letzten Preiswelle. Daraus ergibt sich die Frage: Ist eine Änderung gegenüber früheren Konjunkturwellen eingetreten und welcher Art? Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, daß der durchschnittliche Preisanstieg von Zyklus zu Zyklus deutlich zugenommen hat. Ein Unterschied gegenüber früheren Konjunkturzyklen ergibt sich auch in der geringen Abkühlung der vorigen Welle. Der letzte Abschwung (1972) war der geringste und kürzeste der Nachkriegszeit. Der unmittelbar darauf folgende neue Konjunkturaufschwung schloß sich der erstmals seit Ende der fünfziger Jahre nahezu parallel verlaufenden Weltkonjunktur an. Ein weiterer Unterschied zu früheren Entwicklungen liegt im Auslandseinfluß: Auch im Ausland wurde der Preisanstieg im Laufe der Konjunkturwellen größer, und die Währungsunruhen verstärkten die Inflationserwartungen. Nicht zuletzt spielte der ungewöhnlich lange Lohn-Lag eine erhebliche Rolle, da er die Überwälzungen (und damit das Auslaufen der zweiten Preiswelle) beträchtlich hinauszögerte. Das alles bewirkte, daß sich die Preispolitik auch kurzfristig (die mittelfristige Kostenorientierung steht außer Frage) an den Kosten

und möglicherweise an den Gewinnspannen (Profit-push) orientierte und der bereits stark beschleunigte Preisauftrieb durch die (erneut) kräftig steigenden Weltmarktpreise verschärft wurde.

Trotz diesen Unterschieden gegenüber früheren Perioden zeigt die vorliegende Untersuchung, daß der Einfluß von Schwankungen der Kapazitätsauslastung auf das Verhalten des Preisniveaus und der einzelnen Preisgruppen auch in der letzten Teuerungswelle nahezu unverändert blieb und sich die Zusammenhänge und Lag-Strukturen der meisten Preisreihen nur unwesentlich verschoben. Der bisher beobachtete Zusammenhang zwischen Preisentwicklung und Konjunkturzyklus dürfte daher, wenn auch unter geänderten Bedingungen, künftig fortbestehen. Dennoch ergeben sich für die Preisentwicklung keine günstigen Perspektiven: Die Bemühungen der Wirtschaftspolitik um stetiges Wachstum und Vollbeschäftigung — durch expansive Maßnahmen kann sie einen stärkeren Konjunktureinbruch verhindern oder rasch überwinden — begünstigen einen stetigen Preisanpassungsprozeß. Auch die Umstellungen im internationalen Währungssystem (höhere internationale Liquidität), die wachsende Bedeutung des tertiären Sektors sowie Konzentrationstendenzen auf Betriebsebene können in allen Phasen des Zyklus die Preissteigerungsraten anheben und damit auch zu einer deutlichen Erhöhung der zyklischen Inflationsrate führen¹⁾.

Theoretische Muster zyklischen Preisverhaltens

Kurzfristige Preisänderungen resultieren entweder aus Veränderungen der Produktionskosten oder aus Nachfrageverschiebungen. Im allgemeinen sind Preisänderungen von industriellen Fertigprodukten eher „kostenabhängig“, von Rohstoffen einschließlich Grundnahrungsmitteln eher „nachfrageabhängig“²⁾. Die Preise der Fertigprodukte werden durch „nachfrageabhängige“ Preisänderungen von Rohstoffen indirekt betroffen, dieser Einfluß wirkt sich über die Kosten aus.

Diese Unterteilung fußt auf der relativen Flexibilität des Angebotspotentials. Danach führt eine Zunahme der Nachfrage bei auf kurze Sicht unelastischem Angebot zu einem Lagerabbau und in der Folge zu Preissteigerungen. Im Falle eines elastischen Angebotes hingegen erfolgt die Preisbildung durch Aufschlag einer (mehr oder minder) festen Gewinnspanne auf die variablen Stückkosten. Für nicht kon-

¹⁾ K. W. Rothschild, H. J. Schmahl, Beschleunigter Geldwertschwund, Hamburger Hefte, Nr. 6/7, Hamburg 1973, S. 40.

²⁾ Diese Unterscheidung nimmt erstmals M. Kalecki in seinen „Essays in the Theory of Economic Fluctuations“, London, 1939, vor.

zyklischen Wechsel von Überkapazitäten und Engpässen auslösen.

Aufbauend auf diesen Grundgedanken läßt sich die Periode des schwächeren Wachstums 1960/1966 und jene des kräftigeren Wachstums 1966/1971 als eine Einheit von Anpassungs- und Realisierungsperiode auffassen, wobei die Erfolge in der zweiten Periode durch die Strukturanpassungen in der ersten Periode vorbereitet wurden. Das auslösende Moment in diesem Prozeß war das Auslaufen der Wiederaufbauperiode Ende der fünfziger Jahre. Damit änderten sich die Rahmenbedingungen für die österreichische Industrie in einer vielfältigen und charakteristischen Weise:

- a) Rohwaren und Grundstoffe wurden im Verhältnis zu den Fertigwaren billiger;
- b) in den Fertigwarenindustrien verschob sich die Nachfrage von Investitions- zu Konsumgütern;
- c) die Ansprüche des Marktes an das technologische Niveau und den modischen Geschmack nahmen zu;
- d) der Abbau der Handelsschranken verschärfte die internationale Konkurrenz und vergrößerte ihre Reichweite;
- e) statt Kapital wurden Arbeitskräfte der knappste Produktionsfaktor.

Einige der dadurch ausgelösten Anpassungsvorgänge wurden schon bisher in Industriestudien erwähnt, andere nicht minder wichtige jedoch kaum beachtet

Das Ende der Wiederaufbauperiode

Der wichtigste Strukturwandel vollzog sich Ende der fünfziger Jahre auf den Märkten für industrielle *Rohstoffe, Grundstoffe und Energie*¹⁾. Die Knappheit an diesen Gütern und damit die Preishausse, charakteristische Begleiterscheinungen der Nachkriegsperiode, wurden in kurzer Zeit überwunden. 1958 entstand in Europa ein Kohlenüberschuß, der umso unvermuteter kam, als ein internationaler Expertenbericht eine lang anhaltende Energieknappheit in Europa vorausgesagt hatte. Auf den Holzmärkten wurden 1957 Spitzenpreise erzielt, die mehr als ein Jahrzehnt nicht mehr erreicht wurden. Schon früher war der Markt für Massenspapiere unter Druck geraten; einige Jahre später (nach Abklingen der Hochkonjunktur 1960) setzte sich der Käufermarkt bei Eisen und Stahl durch. Ähnliches gilt für petrochemische Produkte und andere Grundstoffe

Die österreichische Wirtschaft wurde durch das Auslaufen der Nachkriegshausse auf den internationalen

¹⁾ Auf den Märkten für überseeische Rohstoffe hörte der Nachkriegsboom bereits nach der Korea-Hausse Anfang der fünfziger Jahre auf.

Grundstoffmärkten Ende der fünfziger Jahre besonders betroffen, weil die Produktion von Grundstoffen weit über den heimischen Bedarf hinaus ausgeweitet worden war und die heimischen Werke oft unter ungünstigeren Bedingungen produzierten als ihre Hauptkonkurrenten. Vom österreichischen Export entfielen 1955 46% und 1960 noch 37% auf Holz, Papier sowie Eisen und Stahl. Die Exportquote der Grundstoffherzeuger²⁾ war fast durchwegs viel höher als jene der weiterverarbeitenden Industrien. Der Produktionszuwachs der Metallhütten (einschließlich Gießereien) sank von durchschnittlich 7,3% jährlich zwischen 1955 und 1960 auf 1,2% zwischen 1960 und 1966. Im Bergbau und in der Papierindustrie hatte sich das Wachstumstempo schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre merklich verlangsamt.

Übersicht 2
Industrieproduktion nach Waren- und Branchengruppen¹⁾

	1955/1960	1960/1966	1966/1971
	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in %		
A. Warengruppen			
Bergbau/Magnesit	2,0	-1,1	0,9
Grundstoffe	2,9	6,1	7,9
Vorprodukte	7,8	1,7	5,4
Baustoffe	7,7	7,1	5,8
Fertige Investitionsgüter	3,8	3,3	9,0
Nahrungs- u. Genußmittel	5,8	4,7	3,4
Bekleidung	4,8	5,4	5,1
Verbrauchsgüter	6,4	6,9	9,8
Langlebige Konsumgüter	11,0	3,3	10,9
B. Branchengruppen			
Bergwerke u. Magnesitindustrie	2,0	-1,1	0,9
Metallhütten ²⁾	7,3	1,2	5,2
Metallverarbeitung	5,5	3,1	9,3
Stein-, Keramik- Glasindustrie	1,0	2,6	9,6
Erdölindustrie	-2,8	7,0	4,6
Chemische Industrie	9,1	8,9	10,6
Textilindustrie	4,3	4,9	6,3
Papierindustrie	3,1	3,3	6,9
Nahrungsmittel- u. Tabakindustrie	6,0	4,8	3,4
Sonstige konsumnahe Industrien ³⁾	7,8	7,1	6,9
Industrie insgesamt	5,7	4,5	7,0

¹⁾ Produktionsindex 1964 verkettet mit Produktionsindex 1956. — ²⁾ Einschließlich Gießereien — ³⁾ Papierverarbeitung Holzverarbeitung Lederverarbeitung Bekleidung

In dem Maße, wie die Nachkriegskonjunktur in Grundstoffen zu Ende ging, lag es nahe, die Produktionsstruktur zugunsten von *Finalgütern* umzuschichten. Internationale Vergleiche ließen erwarten, daß neben der chemischen Industrie vor allem die metallverarbeitende Industrie gute Wachstumschancen habe. Tatsächlich jedoch konnte die *Metallverarbeitung* zumindest zunächst nicht die führende Rolle im Wachstumsprozeß übernehmen. Auch ihr Produktionszuwachs sank (von 5,5% pro Jahr im

²⁾ Unter Grundstoffen oder Basisprodukten werden hier (abweichend von der gleichlautenden Warengruppe im Produktionsindex) Güter niedriger Verarbeitungsstufe verstanden, die in großen Mengen (meist unmittelbar aus Rohstoffen) hergestellt und vielseitig verwendbar sind.

Westeuropäische Integrationschronik¹⁾

* Vereinbarung bzw. Unterzeichnung

** Inkrafttreten

† Ende bzw. gescheitert

Die Länder werden durch die internationalen Autokennzeichen abgekürzt

1. Jänner 1948	** GATT (" 3. Oktober 1947)
16. April 1948	* OEEC (später OECD)
18. April 1951	" EGKS („Montanunion") — 6 Mitglieder
1. Jänner 1958 1957/58	** EWG („Römer Vertrag") (* 25. März 1957) Verhandlungen über große Europäische Freihandelszone, † Herbst 1958
3. Mai 1960	** EFTA (Stockholmer Übereinkommen) — 7 Mitglieder (* 20. November 1959)
26. Juni 1961	" FIN-EFTA (Freihandelszone zwischen der EFTA und Finnland) (* 27. März 1961)
Dezember 1969	Gipfelkonferenz der EG in Den Haag: Beschluß, mit beitragswilligen und nicht beitragswilligen EFTA-Staaten Verhandlungen aufzunehmen
30. Juni 1970	Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen EG und GB, N, DK, IRL
1. März 1970	Beitritt von Island zur EFTA
Sommer 1971	EG bereit, mit nicht beitragswilligen EFTA-Staaten Verhandlungen auf Grundlage einer Freihandelszone aufzunehmen
22. Jänner 1972	* Abkommen über den Beitritt von GB, N, DK, IRL zu den EG
24. September 1972	* Freihandelsabkommen zwischen EG und CH, S, P, A
1. Oktober 1972	** Freihandelsabkommen EG — A (Interimsabkommen)
Oktober 1972	In Volksabstimmung wird in Norwegen der EG-Beitritt abgelehnt
31. Dezember 1972	† EFTA-Mitgliedschaft von GB und DK
1. Jänner 1973	* Freihandelsabkommen zwischen den EG und A (Globalabkommen) sowie S, CH, P, ISL
1. Februar 1973	** Beitrittsabkommen der EG mit GB, DK, IRL " Agrarvereinbarung zwischen EG und A " GB, DK, IRL übernehmen die landwirtschaftliche Marktordnung der EG
1. April 1973	** Ursprungsregeln der Globalabkommen
1. Juli 1973	* Freihandelsabkommen EG — N (" 14. Mai 1973)
1. Jänner 1974	** Freihandelsabkommen EG — SF (" 5. Oktober 1973)
1. Jänner 1975	Drawback-Verbot

¹⁾ Der Zollabbau-Kalender der EG-Abkommen ist aus den Zeichnungen S 78 f. ersichtlich

lich organisierte Länder — die günstigsten Voraussetzungen für die Wohlstandssteigerung der Bevölkerung, indem er eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren erleichtert; Zollmauern und andere Handelsbarrieren führen hingegen zur Fehlleitung von Produktionsfaktoren, verringern die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Die Integration verringert innerhalb der Integrationsgruppe die aus Zoll und anderen Handelshemmnissen resultierende Fehlleitung der Produktionsfaktoren, gegenüber Drittstaaten hingegen bleibt sie bestehen oder wird noch größer. Die Integration wirkt sich auf den Außenhandel zweifach aus: als Handelsschöpfung und Handelsverlagerung.

Die *Handelsschöpfung* in der *Einfuhr* ergibt sich aus der Substitution der teureren inländischen Produkte (die bisher durch Zoll geschützt wurden) durch billigere aus den Partnerstaaten; aus dieser Substitution zieht die Volkswirtschaft sowohl unmittelbar (billigere Produkte) als auch mittelbar Vorteile

(bessere Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft durch billigere Vorprodukte). Die Verdrängung der nicht mehr konkurrenzfähigen inländischen Produzenten verbessert die Struktur, wobei sich allerdings gewisse Anpassungsprobleme ergeben können.

Die *Handelsverlagerung* führt zu einem Ersatz von bisher aus Drittstaaten importierten Produkten durch Erzeugnisse der Integrationspartner: Es werden kostenmäßig ungünstiger (teurer) hergestellte, aber zollfreie Produkte anstelle billigerer, aber mit Zoll belasteter Produkte bezogen. Für die inländischen Verbraucher ergibt die Handelsverlagerung unmittelbar einen Vorteil (Verbilligung), der aber durch den Entfall der Zolleinnahmen des Staates zumindest wettgemacht wird, die in irgendeiner Form überwältigt werden müssen. Die Handelsverlagerung hat eine Fehlleitung der Produktionsfaktoren zur Folge. Allgemeine Zollsenkungen (Dillon-, Kennedy-Runde) verringern die Auswirkungen der Handelsverlagerung.

Vom Standpunkt der Wohlstandsvermehrung ist die Handelsschöpfung in der Einfuhr als ein positiver, die Handelsverlagerung als ein negativer Integrationseffekt anzusehen. Das Ausmaß der beiden Effekte wird im allgemeinen von der Zollhöhe des Importlandes und der Importstruktur abhängen.

Den Integrationsfolgen in der Einfuhr stehen entsprechende Auswirkungen in der *Ausfuhr* gegenüber. Die Exporteure in die Partnerstaaten können integrationsbedingte Wettbewerbsvorteile realisieren, teils infolge der Handelsschöpfung, teils infolge der Handelsverlagerung (Verdrängung von Exporteuren aus Drittstaaten). Zwischen diesen zwei Komponenten wird meist nicht differenziert, da sie beide Vergrößerung des Absatzes und damit eine Ausnützung der „economies of scale“ ermöglichen. Vom Standpunkt der Drittstaaten bedeutet die Handelsverlagerung eine integrationsbedingte Exportbehinderung bzw. Diskriminierung ihrer Ausfuhr. Den Drittstaaten kommt andererseits die durch die Integration bewirkte Wohlstandssteigerung in der Weise zugute, daß sie in der Regel einen höheren Importbedarf nach sich zieht¹⁾.

Änderung der Außenhandelsstruktur in der Integrationsphase 1960 bis 1972

Ein Vergleich der Außenhandelsstruktur der EWG und der EFTA²⁾ zu Beginn der sechziger mit jener von Anfang der

¹⁾ Die einzelnen Integrationseffekte lassen sich schwer differenzieren und quantifizieren. Verschiedene Untersuchungen ergeben zum Teil recht unterschiedliche Resultate. Die meisten Studien stellen allerdings übereinstimmend fest, daß die Handelsschöpfung größer ist als die Handelsverlagerung (vgl. z. B. EFTA-Sekretariat „Die Auswirkungen der EFTA und der EWG auf den Handel 1959/1967“ Genf 1972).

²⁾ In der 1972 geltenden Abgrenzung (weiter auch als EG 1972 bzw. EFTA 1972) bezeichnet.

wirtschaftlichen Gesamtrechnung und Zahlungsbilanzsystematik analysiert werden, wie etwa: Steuerzahlungen von Fremdarbeitern (Österreicher im Ausland ebenso wie Ausländer in Österreich), Konsumausgaben österreichischer Diplomaten im Ausland, von Fremdarbeitern gezahlte Sozialversicherungsbeiträge, die von ihnen bezogenen Sozialleistungen, Steuern aus Kapitalerträgen vom und an das Ausland. Diese zufällig herausgegriffenen Beispiele verdeutlichen auch, wie komplex die Probleme sind, weil in geschlossenen Systemen jede Neuerung eine Vielzahl weiterer Veränderungen induziert. Alle Berechnungen und Schätzungen beziehen sich auf das Jahr 1971.

Systeme des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens und der Zahlungsbilanz

Bisher war das „Standardized System of National Accounts (SSNA)“ der OEEC (jetzt OECD) aus dem Jahre 1958 die Grundlage der österreichischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. 1968 veröffentlichte die UNO ein neues, den Erfordernissen der modernen Wirtschaftsanalyse und -politik besser angepaßtes System, das „System of National Accounts (SNA)“. Es wird für die Verwendung in allen westlichen Ländern empfohlen. Allerdings haben manche Staaten, so auch Österreich, den Übergang noch nicht vollziehen können, weil dieses System zum Teil

weit höhere Anforderungen an das statistische Material stellt

Für die Zahlungsbilanzsystematik dient das „Balance of Payments Manual (BPM)“ des Internationalen Währungsfonds (IMF) aus dem Jahre 1961 als internationale Grundlage; dieses wurde in Anpassung an das SNA 1973 geringfügig modifiziert

Schon das SSNA behandelt in seinem allgemeinen theoretischen Teil den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Konzepten zur Abgrenzung Inland-Ausland: Das aus der Zusammenfassung aller Transaktionen (Konten) des Produktions-(Unternehmens-)bereiches im Inland (territorial) entwickelte Gesamtaggregate („domestic product“) entspricht dem Territorialkonzept, das aus der Zusammenfassung aller Transaktionen (Konten) der inländischen (personal) Haushalte entwickelte Gesamtaggregate („national income“) entspricht dem Nationalkonzept. An Hand der folgenden Darstellung der ersten beiden Grundkonten des SSNA wird erläutert, welches Konzept das SSNA für die Praxis vorsieht.

Zunächst ergibt sich: Das SSNA folgt in seinen Grundkonten ausschließlich dem Nationalkonzept, als zentrale Aggregate werden das Brutto-Nationalprodukt (gross national product) und das Volkseinkommen (national income) ermittelt. Daraus ergibt sich für die Gesamtsystematik: Sämtliche Teilaggregate des Volkseinkommens sind als Personal-

Das Brutto-Nationalprodukt und seine Verwendung

Volkseinkommen	Privater Konsum
Abschreibungen	Öffentlicher Konsum
Indirekte Steuern	Inländische Brutto-Investitionen
Minus: Subventionen	Lagerveränderung
	Exporte von Gütern und Dienstleistungen und Faktoreinkommen aus dem Ausland
	Minus: Importe von Gütern und Dienstleistungen und Faktoreinkommen an das Ausland
Brutto-Nationalprodukt zu Marktpreisen	Brutto-Nationalprodukt zu Marktpreisen

Volkseinkommen

Löhne und Gehälter	Volkseinkommen
Einkommen der privaten Haushalte aus Besitz und Unternehmung	
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	
Einkommen der öffentlichen Verwaltung aus Besitz und Unternehmung	
Minus: Zinsen für öffentliche Kredite	
Minus: Zinsen für private Konsumkredite	
Volkseinkommen	Volkseinkommen

Übersicht 1
Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte insgesamt
1961 bis 1973

Q	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr absolut	in %	Ausländische Arbeitskräfte in % der Beschäftigten
1961	11 600			0,5
1962	13 100	+ 1 500	+12,9	0,6
1963	16 900	+ 3 800	+29,0	0,7
1964	21 500	+ 4 600	+27,2	0,9
1965	32 700	+11 200	+52,1	1,4
1966	46 900	+14 200	+43,4	2,0
1967	60 900	+14 000	+29,9	2,6
1968	62 500	+ 1 600	+ 2,6	2,7
1969	82 400	+19 900	+31,8	3,5
1970	109 200	+26 800	+32,5	4,6
1971	148 500	+39 400	+36,1	6,0
1972	186 465	+37 929	+25,5	7,4
1973	226 384	+39 919	+21,4	8,7

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ 1961 bis einschließlich 1971 Schätzung.

1961 (für die Zeit vorher liegen keine laufenden Daten vor) wurden in Österreich lediglich 11.600 Gastarbeiter beschäftigt, das entsprach 0,5% aller Unselbständigen. Bis 1973, also in etwas mehr als einem Jahrzehnt, erhöhte sich die Zahl auf 226.400 oder 8,7% der Beschäftigten.

Mit dieser Ausländerquote hat Österreich (wenn man von der Schweiz absieht, wo der Anteil ein Viertel ausmacht) das Niveau anderer europäischer Industriestaaten erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland beschäftigte 1971 rund 10% Ausländer, etwas

mehr als Frankreich. In Belgien dürfte die Quote 1972 7% überschritten haben. Alle diese Länder steigerten ihren Ausländeranteil allmählich in einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren oder haben eine lange Tradition in der Fremdarbeiterbeschäftigung, wie etwa Belgien. Dagegen erreichte Österreich die angegebene Rate in einem Jahrzehnt, was sicherlich an die soziale Anpassungsfähigkeit des Gastlandes besondere Anforderungen stellte.

Die rasche Zunahme der Fremdarbeiterbeschäftigung wurde durch ein elastisches und regional günstig situiertes Angebot erleichtert. 1973 stammten 78,5% der österreichischen Gastarbeiter aus Jugoslawien. Daneben fallen nur Türken (11,8%) einigermaßen ins Gewicht. Italiener, Griechen und Spanier, auf die ein nennenswerter Teil der Wanderarbeiter in der EWG entfällt, spielen in Österreich praktisch keine Rolle. Dagegen dokumentieren sich die relativ engen wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik darin, daß trotz des dort höheren Lohnniveaus 5.800 Deutsche in Österreich arbeiteten, was immerhin 2,5% der Gastarbeiter entspricht.

Die ausländischen Arbeitskräfte werden nicht im ganzen Bundesgebiet in gleicher Intensität nachgefragt. Man benötigt sie vor allem dort, wo der Arbeitsmarkt besonders stark ausgeschöpft ist. Das sind im allgemeinen die Agglomerationszentren, und unter ihnen besonders jene, deren Einzugsgebiet kaum noch über inländische Arbeitskraftreserven verfügt. Daher

Übersicht 2
Ausländeranteil an den Beschäftigten in ausgewählten europäischen Ländern
(Jahresdurchschnitt)

	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Bundesrepublik														
Deutschland Beschäftigte ¹⁾ in 1 000	19 235	19 536	20 038	20 387	20 652	20 878	21 091	21 387	21 389	20 691	20 853	21 435	21 934	22 083
davon Ausländer in 1 000	127	167	279	507	655	811	933	1 164	1 314	1 024	1 014	1 372	1 839	2 169
in %	0,7	0,9	1,4	2,5	3,2	3,9	3,4	4,4	5,1	4,9	4,9	6,4	8,4	9,8
Frankreich														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000	12 880	12 867	13 003	13 154	13 400	13 837	14 272	14 497	14 760	14 922	15 040	15 501	15 922	16 174
davon Ausländer in 1 000					936						1 158			
in %					7,0						7,7			
Italien														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000		11 225	11 686	11 994	12 290	12 547	12 428	12 111	11 990	12 248	12 371	12 554	12 827	12 959
davon Ausländer in 1 000							28	28	29	31	33	43	40	
in %							0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	
Niederlande²⁾														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000	2 982		3 133	3 237	3 296	3 371	3 465	3 523	3 565	3 559	3 623	3 717	3 788	3 820
davon Ausländer in 1 000	30	21	24	28	32	38	52	63	76	72	80			
in %	1,0		0,8	0,9	1,0	1,1	1,5	1,8	2,1	2,0	2,2			
Belgien														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000			2 545	2 594	2 655	2 704	2 780	2 814	2 837	2 821	2 822	2 895	2 972	3 030
davon Ausländer in 1 000				138						182				
in %				5,3						6,5				
Luxemburg														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000			94	96	97	98	100	102	104	103	104	106	110	114
davon Ausländer in 1 000				21	22	23	25	28	29	28	29	30	33	38
in %				21,8	23,0	23,0	25,2	27,5	28,3	27,2	27,6	28,5	30,1	32,8
Schweden														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000					113	122	134	146	169	3 211	3 246	3 298	3 433	3 467
davon Ausländer ²⁾ in 1 000										173	170	176	209	224
in %										5,4	5,2	5,3	6,1	6,5
Schweiz														
Beschäftigte ¹⁾ in 1 000			2 248	2 352	2 458	2 540	2 600	2 618	2 628	2 649	2 677	2 722	2 747	2 771
davon Ausländer in 1 000	310	314	374	473	562	610	637	613	591	589	589	636	645	643
in %			16,6	20,1	22,9	24,0	24,5	23,4	22,5	22,2	22,0	23,4	23,5	23,2

Q: Jahrbuch der Sozialstatistik. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Die Volkswirtschaft. Bern. Labour Force Statistics 1960—1971. OECD Paris und Statistic årsbok 1972. Stockholm. — ¹⁾ Unselbständig Beschäftigte (ohne Soldaten). — ²⁾ In Mann-Jahren. — ³⁾ Stand: April.

Übersicht 2

Ausgaben für Soziale Sicherheit in Prozent des Brutto-Nationalproduktes

	Ausgaben für Soziale Sicherheit ¹⁾		Brutto-Nationalprodukt (nominal)		Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des Brutto-Nationalproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1967	48 549	+12,2	283 161	+ 5,8	17,1
1968	53 618	+10,4	302 762	+ 6,9	17,7
1969	58 929	+ 9,9	331 728	+ 9,6	17,8
1970	63 678	+ 8,1	371 236	+11,9	17,2
1971	71 827	+12,8	413 140	+11,3	17,4
1972	80 694	+12,3	474 669	+14,9	17,0
1973 ²⁾	90 125	+11,7	546 255	+15,1	16,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Ohne Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

nommen werden (Alterspensionen werden hinausgeschoben, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück) und andererseits in jedem Anpassungssystem die Transferleistungen an die Direkteinkommen verzögert angepaßt werden. Diese Entwicklung wird durch den raschen, sich beschleunigenden Preisauftrieb noch verstärkt.

Auch die Einkommensverteilung hatte dämpfenden Einfluß auf die Sozialquote, da die Sozialausgaben im wesentlichen an der Einkommensentwicklung der Unselbständigen orientiert sind, der durchschnittliche Lohnanteil am Volkseinkommen aber zurückblieb. So stieg 1973 die Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf mit 12,5% erheblich langsamer als das nominelle Brutto-Nationalprodukt (16,5%).

In der demographischen Entwicklung setzte sich in den letzten Jahren ein Tendenzumschwung durch. Der Anteil der aktiven Bevölkerung (zwischen 15 und 65 bzw. 60 Jahren) beginnt sich — nicht zuletzt infolge des Zustromes ausländischer Arbeitskräfte — zu stabilisieren. Dadurch verschiebt sich auch die Relation von Erwerbstätigen und Pensionisten zugunsten der erstgenannten. Dieser Trend läßt sich an Hand der Zahlen über die Entwicklung der pensionsversicherten Unselbständigen und jener der Pensionen demonstrieren. Während 1970 auf 100 Versicherte 50,9 Pensionen¹⁾ entfielen, waren es 1973 nur noch 49,0; das bedeutet aber, daß sich auch das Verhältnis von Leistungseinkommen und Pensionen zugunsten der ersteren verschiebt. Dadurch muß die Sozialquote zurückgehen, sofern nicht die Durchschnittspension rascher wächst als das durchschnittliche Leistungseinkommen, was aber nicht der Fall war.

¹⁾ Die Zahl der Pensionen stieg 1973 nur noch um 1,7% gegenüber 2,2% 1972.

Übersicht 3

Pensionsversicherte Unselbständige und Zahl der Pensionen zur Jahresmitte

	Pensionsversicherte Unselbständige ¹⁾ (einschl. Beamte)	Zahl der Pensionen	Pensionen je 100 Versicherte
	Stand am 31. Juli in 1.000		
1969	2 477	1 247	50,3
1970	2 490	1 268	50,9
1971	2 544	1 286	50,5
1972	2 588	1 302	50,3
1973	2 687	1 317	49,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Voll-, Teil- und Weiterversicherte.

Zurückbleiben der Pensionseinkommen

Legt man etwa die Gesamtausgaben der Pensionsversicherung auf die Pensionszahl um, ergibt sich eine Zunahme von 9,9% gegenüber 15,3% des Volkseinkommens je Erwerbstätigen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Durchschnittspension nach dem ASVG (+10,1%) und dem durchschnittlichen Aktiveinkommen der Unselbständigen (+12,4%). Einer der Gründe für das Nachhinken liegt darin, daß auch eine reformierte Pensionsdynamik nicht in der Lage ist, die zunehmende Geldentwertung voll zu kompensieren.

Übersicht 4

Anpassungsfaktor und Veränderung des Unselbständigeneinkommens

	Anpassungsfaktor in %	Jährliche Veränderungsrate des monatlichen Brutto-Einkommens je Arbeitnehmer
1969	+ 7,1	+ 7,8
1970	+ 5,4	+ 7,8
1971	+ 7,1	+12,5
1972	+ 7,4	+11,0
1973	+ 9,0	+12,4
1974	+11,9 ¹⁾	+14,0 ²⁾

¹⁾ Richtsatz 10,4% Erhöhung durch die 30. Novelle zum ASVG 3% ab 1. Juli 1974.
— ²⁾ Prognose.

Wie schon im letzten Bericht ausgeführt wurde²⁾, ist die Pensionsdynamik antizyklisch konstruiert. Der Anpassungsfaktor erfaßt die Entwicklung der Aktiveinkommen mit einer gewissen Verzögerung und wurde unter der Annahme konstruiert, daß die Pensionen in der Aufschwungphase hinter den Leistungseinkommen zurückbleiben, diese aber im Abschwung überholen, so daß sich die Entwicklungen über den Zyklus ausgleichen. In Perioden einer längerfristigen Beschleunigung der Inflation kann dieses System die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen, weil das Wachstum der Nominealeinkommen nie zurückgeht. Diese Erkenntnis bewog den Gesetzgeber

²⁾ F. Butschek: „Die österreichische Sozialversicherung 1972“ Monatsberichte Jg. 1973, Heft 5.

durch den besonders steilen Aufschwung im 1. Halbjahr überhöht, und die Prognosen für 1974 unterschätzen das Wachstumstempo insofern, als Energieverknappung und Streiks die Produktion in einigen Ländern (USA, Großbritannien) im I. Quartal sinken ließen. Im Herbst werden die Kapazitäten voraussichtlich gleich stark ausgelastet sein wie in derselben Periode des Vorjahres.

Die Prognosen haben diesmal einen größeren Unsicherheitsspielraum als üblich. Für eine Beruhigung des Preisauftriebes war die Entspannungsphase zu

kurz, die neuen Rohölpreise trugen vielmehr zu einer raschen Beschleunigung bei. Bei den gegenwärtigen Preissteigerungsraten kann nicht mehr ohne weiteres angenommen werden, daß die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte konstant bleiben. Vor allem die Wirtschaftspolitik wurde in den letzten Jahren geändert, ohne daß Spätwirkungen vorangegangener Maßnahmen abgewartet worden waren. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, die ab Frühjahr 1973 einen restriktiven Kurs verfolgte und seit dem Ausbruch der Energiekrise auf eine leicht expansive Linie überschwenkte. Den Prognosen für das laufende Jahr ist die Annahme unterstellt, daß keine schärferen deflatorischen Maßnahmen getroffen werden, weil in den meisten Ländern das Beschäftigungsrisiko als sehr hoch angesehen wird.

Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren etwas zugenommen. Nach einer Studie der OECD¹⁾ war die Arbeitslosenrate Ende 1972 in einigen Ländern²⁾ um etwa einen Prozentpunkt höher als in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen. Der tendenzielle Anstieg dürfte mehrere Ursachen haben, deren Einfluß sich aber noch nicht eindeutig feststellen läßt. In den USA und in Kanada hat infolge höherer Geburtenraten nach 1945 und der Zunahme der Frauenbeschäftigung vor allem das Arbeitskräftepotential kräftig zugenommen. Schwieriger ist die Entwicklung in Großbritannien und in den Nieder-

Übersicht 1
Brutto-Nationalprodukt

	1972	1973	1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen		
USA	61	60	15
Kanada	58	70	45
Japan	96	104	35
Bundesrepublik Deutschland	30	53	25
Frankreich	55	65	45
Großbritannien	27	53	05
Italien	32	60	45
Große Industrieländer	57	64	25
Belgien	40	60	35
Dänemark	50	45	30
Finnland	70	55	30
Irland	47	70	30
Niederlande	45	50	35
Norwegen	45	40	40
Österreich	71	55	45
Schweden	21	30	30
Schweiz	58	43	20
Kleine Industrieländer	46	47	30
OECD-Länder insgesamt	56	63	25
OECD-Europa	39	55	30
Gewichteter Durchschnitt (mit den österreichischen Exportanteilen)			
OECD-Länder insgesamt	40	53	25
OECD-Europa	38	51	25

Q: OECD Prognose 1974: Nationale und eigene Schätzungen

Übersicht 2
Industrieproduktion

	1972	1973	1974
	III Qu. IV Qu. Jän. Feb.		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
USA	79	90	57
Kanada	69	83	87
Japan	68	182	180
Belgien	58	55	50
Bundesrepublik Deutschland	39	75	82
Dänemark	80	65	
Finnland	118	26	71
Frankreich	75	79	83
Großbritannien	20	88	95
Italien	40		152
Niederlande	84	78	67
Norwegen	38	46	52
Österreich	72	51	63
Schweden	30	67	92
Schweiz	20	58	59
OECD-Länder insgesamt	59	102	
OECD-Europa	59	83	

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators.

Arbeitsmarkt

	1972	1973	1973	1974
			III. Qu. IV. Qu.	Jän. Feb.
			1.000 Personen ¹⁾	
			Arbeitslose	
USA	4 840	4 304	4 274	4 239
Bundesrepublik Deutschland	247	282	319	379
Dänemark	30	20	24	22
Finnland	57	51	52	49
Frankreich	380	394	414	421
Großbritannien	855	611	584	517
Italien ²⁾	697	669	618	592
Niederlande	108	110	119	107
Österreich	50	41	42	47
Schweden	48	46	47	44

			Offene Stellen	
USA ³⁾	127	185	216	170
Bundesrepublik Deutschland	548	564	583	448
Frankreich	165	252	267	250
Großbritannien	189	398	431	502
Niederlande	63	67	72	73
Österreich	62	66	67	66
Schweden	32	35	36	40

Q: OECD Main Economic Indicators — ¹⁾ Saisonbereinigt. — ²⁾ Jeweils der erste Monat des Quartals. — ³⁾ In der Industrie unbereinigte Werte.

¹⁾ OECD Economic Outlook, No. 14, Dezember 1973, S. 32/33.

²⁾ Kanada, USA, Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande

Übersicht 1

Die Industrieproduktion in den einzelnen Konjunkturzyklen

	Industrie Produktions- index	Industrie minus Investitions- güter	Investitions- güter	Industrie, nominelle Produktion	Industrie minus inländ. Investitions- güter- nachfrage	Export von Investitions- gütern	Import von Investitions- gütern
	1	2	3	4	5	6	7
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1958/1962	4,7	4,7	5,3	7,0	5,0	6,2	8,8
1962/1967	3,8	4,5	2,6	6,6	5,9	6,3	7,2
1967/1971	7,0	6,9	7,3	9,0	8,4	13,0	17,5

Anmerkung: Die ersten drei Spalten sind aus dem Produktionsindex berechnet die Spalten 4 bis 7 aus den nominellen Produktions- bzw. Außenhandelswerten

Die Perioden wurden nach den Jahren mit der jeweils geringsten Kapazitätsauslastung eines Zyklus eingeteilt. Die Boom- und Stagnationsperioden haben etwas länger als einen Zyklus gedauert (der erste Boom begann schon vor 1958, die Stagnation hielt bis 1968 an). Die Aussage der Übersicht, daß die Produktion von Nicht-Investitionsgütern in der Stagnationsperiode nicht viel schwächer stieg, gilt aber auch bei einer anderen „Terminisierung“ der Perioden.

Wenn in der Folge von Boomperiode, Stagnationsperiode und zweiter Boomperiode gesprochen wird, ist die hier getroffene Periodenwahl (einschließlich der Eckjahre) gemeint.

Diese mittelfristigen Investitionsschwankungen lassen sich nicht nur aus einer unterschiedlichen Dynamik der Produktion in den einzelnen Konjunkturzyklen erklären: So expandierte etwa die Industrieproduktion in der Periode stagnierender Investitionen nur geringfügig schwächer (0,9 Prozentpunkte) als in der vorausgegangenen Periode stark steigender Investitionen, und selbst diese Verlangsamung der Produktion geht zum größten Teil auf eine schwächere Expansion der Investitionsgüter zurück¹⁾.

Als andere Erklärung bietet sich der *Akzelerator* an: Die Akzeleratortheorie geht von einem konstanten Verhältnis zwischen dem Kapitalstock und dem Produktionsvolumen aus. Diese Annahme einer durch die Technik vorgegebenen Relation bedeutet, daß die Unternehmer eine konstante Kapazitätsauslastung anstreben: Steigt das Produktionsvolumen, muß auch das vorhandene Produktionspotential erweitert werden.

¹⁾ Die Abschwächung des Wachstums von Investitionsgütern (und damit auch der Gesamtindustrie) kann aber nicht als Ursache der geringeren Investitionsneigung interpretiert werden, sondern stellt eher eine Folge dar. Nach Ausschaltung der Investitionsgüter war das jährliche Wachstum im Konjunkturzyklus 1958 bis 1962 gleich groß wie im Zyklus 1962 bis 1967.

Zieht man nominelle Werte heran, dann war die Expansion im zweiten Zyklus auch einschließlich Investitionsgüter nur um 0,4 Prozentpunkte schwächer als im ersten. Schaltet man von der Produktion den Teil der Investitionsgüter aus, der für die heimische Nachfrage produziert wurde, so liegt das Wachstum in der Stagnationsperiode sogar geringfügig höher als in der vorangegangenen Boomperiode der Investitionen (vgl. Übersicht 1, Spalte 5).

den, und zwar im gleichen Ausmaß wie die Produktion²⁾. Die logische Folge eines konstanten Verhältnisses zwischen Kapitalstock und Produktion ist, daß sich Investitionen und Produktion (oder Investitionswachstum und Produktionswachstum) nicht proportional zueinander verhalten.

Die Anwendung der Akzeleratortheorie für die vorliegende Analyse der mittelfristigen Investitionsschwankungen ergibt zwei Konsequenzen:

- Erstens kann diese Beziehung erklären, wieso die *Investitionen stärker schwanken als die Produktion*: Unter der Annahme der Vollauslastung der Kapazitäten bewirkt eine Steigerung des Produktionswachstums von 5% auf 10%, daß der Bedarf an Netto-Investitionen auf das Doppelte ansteigt, d. h. um 100% zunimmt, weil die Investitionen immer die nötige Kapazität für den Produktionszuwachs schaffen müssen³⁾.
- Zweitens ermöglicht die Gegenüberstellung des Kapitalstocks und der Produktion, auch *Ungleichgewichte* am Beginn eines Konjunkturzyklus in die Bestimmung des Investitionsvolumens *einzubeziehen*. Ist der Kapitalstock am Beginn eines Konjunkturzyklus im Verhältnis zur Produktion zu hoch, so wird sich nicht die ganze Produktionssteigerung im Investitionsbedarf niederschlagen. Ist das Produktionspotential schon am Anfang eines Konjunkturzyklus zu niedrig, wird versucht werden, mit den Investitionen zusätzlich zum Produktionswachstum auch das Anfangsdefizit zu beseitigen⁴⁾.

²⁾ In dieser Studie wird der Akzelerator als Erklärungshypothese der *mittelfristigen* Schwankungen verwendet. Somit wird nur unterstellt, daß die Unternehmer in jedem Konjunkturzyklus eine bestimmte Kapazitätsauslastung anstreben.

Bei Verwendung des Akzelerators für kurzfristige Analysen muß die weniger realistische Annahme gemacht werden, daß die Unternehmer auch für kurze Perioden (Jahre, Quartale) eine konstante Kapazitätsauslastung anstreben. Diese Annahme ist einer der Gründe, wieso das Akzeleratorprinzip als Erklärungsgröße oft schlecht abschneidet.

³⁾ Diese Beziehung hält J. M. Clark [8] für eine der wichtigsten Folgen seines Akzeleratorgesetzes. Weiters betont er, daß diesem Gesetz zufolge die Investitionsgüternachfrage vor der Konsumnachfrage (und damit auch fast sicher vor der Gesamtnachfrage) ihren oberen Wendepunkt hat.

⁴⁾ Diese Fähigkeit des Akzelerators, Ungleichgewichte am Beginn einer Periode in die Analyse einzubeziehen, hängt allerdings von der Wahl des Ansatzes ab, nach dem die Investitionserfordernisse berechnet werden:

Werden die Investitionserfordernisse aus der Differenz zwischen dem notwendigen Kapazitätspotential im Jahr t und dem vorhandenen Produktionspotential im Zeitpunkt $t-1$ berechnet, so ergibt sich ein um so größerer Investitionsbedarf, je kleiner das tatsächliche Produktionspotential im Jahr $t-1$ war. War es z. B. im Verhältnis zur Produktion um 5% zu klein, so müssen nunmehr Kapazitäten im Ausmaß des Produktionszuwachses und im Ausmaß des Defizites (5% des Kapitalstocks) geschaffen werden.

Werden hingegen die Investitionserfordernisse nur aus dem

mit Inflationsraten von ebenfalls über 10% (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Kanada, Niederlande, Schweiz und Schweden). Nur einige Länder schneiden mit Wachstumsraten von 1% bis 5% und Inflationsraten von weniger als 10% günstiger ab (Bundesrepublik Deutschland, Norwegen, Österreich; siehe Übersicht 1 und 10). Im Durchschnitt der Jahre 1972 und 1973 wuchs das reale Brutto-Nationalprodukt der großen Staaten rascher als das der kleinen 1974 und 1975 werden hingegen vor allem die großen Länder von der Stagflation betroffen. Die Wachstumsverluste der Kleinstaaten sind voraussichtlich viel geringer. Ihre Industriestruktur war häufig vom Erdölchock weniger betroffen, hauptsächlich weil die Automobilindustrie vorwiegend in den großen Ländern konzentriert ist. Die Prognosen für 1975 gehen im allgemeinen von einer „No-Policy-Change“-Hypothese aus. Bei der Erstellung wurden nur die bisher bekannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Steuerreformen in einigen Ländern) berücksichtigt, ansonsten überwiegend die Beibehaltung des restriktiven Kurses angenommen. Die Wirtschaftspolitik steht insbesondere in den Ländern mit starker Stagflation vor dem Problem einerseits die Inflation zu bekämpfen, andererseits aber die Nachfrage doch nicht so stark zu dämpfen, daß es zu kräftigen Einschränkungen der Investitionen und in weiterer Folge zu beträchtlicher Arbeitslosigkeit und zu Einkommenseinbußen kommt. Da dies vor allem für die großen im Welthandel wichtigen Länder gilt, könnte sich das Problem auch in den kleineren Ländern verschärfen. Es ist nicht auszuschließen, daß eine Zunahme der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr viele Länder dazu bewegt, die restriktive Geldpolitik zu lockern und die Fiskalpolitik stimulierend einzusetzen. Eine Erholung der

Wirtschaftsaktivität würde dann mit weit höheren Inflationsraten als in früheren vergleichbaren Jahren beginnen, so daß der Inflationssprung der ersten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr beseitigt würde.

Die *Arbeitslosigkeit* ist bereits vor der Energiekrise etwas gestiegen. Selbst am Höhepunkt des weltweiten Konjunkturaufschwunges im 1. Halbjahr 1973 war sie höher als in der gleichen Phase früherer Konjunkturzyklen. Die kräftige Abschwächung der Konjunktur in den Industrieländern seit dem Sommer 1973 ließ die Arbeitslosenrate in Kanada und in den USA auf 5½% bis 6%, in der Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und in Schweden auf 2% bis 3% steigen. Nur Österreich und die Schweiz konnten bisher ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen vermeiden. Mit den im Herbst dieses Jahres bekannten Arbeitslosenzahlen scheint allerdings der Höhepunkt noch nicht erreicht zu sein. Nationale Prognosen vermuten, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten insbesondere auf Grund erhöhter Saisonarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft in mehreren großen europäischen Ländern auf jeweils 1 Million zunimmt.

Übersicht 3

Arbeitsmarkt

	1972	1973	1974 ¹⁾			
			I. Qu.	II. Qu.	Juli	August
	1 000 Personen					
	Arbeitslose					
USA	4 840	4 304	4 706	4 667	4 855	4 874
Kanada	562	520	521	501	492	522
Japan	584	527	525	550	.	.
Bundesrepublik Deutschland	247	282	414	571	658	715
Dänemark	30	20	19	32	39	49
Finnland	57	52	39	38	40	.
Frankreich	380	394	429	425	454	477
Großbritannien	855	611	580	578	600	630
Italien ²⁾	701	669	531	538	.	.
Niederlande	108	110	124	123	134	140
Österreich	50	41	43	41	37	35
Schweden	48	46	38	37	44	41
	Offene Stellen					
USA ³⁾	127	186	.	.	.	.
Kanada	58	78	80	.	.	.
Japan	517	687	544	498	.	.
Bundesrepublik Deutschland	546	564	372	319	279	269
Frankreich	165	252	221	245	225	212
Großbritannien	193	403	403	404	406	386
Niederlande	63	67	68	72	76	74
Österreich	62	66	60	61	59	60
Schweden	32	35	44	52	45	47

Q: OECD Main Economic Indicators — ¹⁾ Saisonbereinigt. — ²⁾ Jeweils der erste Monat des Quartals. — ³⁾ In der Industrie

Übersicht 2

Industrieproduktion

	1972	1973	1974				
			I Qu.	II Qu.	Juli	August	
			Veränderung gegen das Vorjahr in %				
USA	7.9	9.0	1.7	0.8	0.3	-0.8	
Kanada	6.9	8.3	5.8	3.3	1.9		
Japan	6.8	18.2	7.3	1.2	-1.5		
Belgien	5.8	5.5	8.6				
Bundesrepublik Deutschland	3.9	7.5	1.7	1.7	1.7	-1.7	
Dänemark	8.0	6.5					
Finnland	11.8	2.6	1.7	0.9			
Frankreich	10.6	4.3	5.6	4.8			
Großbritannien	2.0	8.8	-6.1	0.0	0.7		
Italien	4.0	9.2	16.5	8.1			
Niederlande	8.4	7.8	7.0	6.5	7.3		
Norwegen	3.8	4.6	5.1	5.2			
Österreich	8.6	4.5	9.6	7.7	5.5	3.8	
Schweden	3.0	6.7	6.3	5.8	9.4		
Schweiz	2.0	5.8	3.8	4.5			
OECD-Länder insgesamt	6.9	9.3	3.4	1.7			
OECD-Europa	5.9	7.4	4.4	4.3			

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators

Mäßiger privater Konsum — schwache Investitionsneigung

Der *private Konsum* hat sich insbesondere in den USA, in Japan und in Großbritannien deutlich abgeschwächt, zum Teil wird er sowohl 1974 als auch

Übersicht 1

Wirtschaftswachstum und Außenhandel der RGW-Länder

	Jahre	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten			Elastizität des Außenhandels gegen		Außenhandel ¹⁾ in % des BNP		Export je Einwohner in US-\$
		Nationalprodukt	Industrieproduktion	Außenhandelsumsätze	Nationalprodukt	Industrieproduktion	zu inländischen Preisen	zu ausländischen Preisen	
		1	2	3	4	5	6	7	
Bulgarien	1961/1965	6.7	11.7	14.3	2.1	1.2	26.6	16.5	143 ²⁾
	1966/1970	8.7	10.9	10.3	1.2	0.9	29.1	18.0	236 ²⁾
	1971	7	9.1	12.2	1.7	1.3	30.5	18.9	256
	1972	8	9	10.5	1.3	1.2	31.5	19.5	307
	1973	8.7	10.6	13.2	1.5	1.2	32.8	20.3	382
ČSSR	1961/1965	1.9	5.2	7.4	3.9	1.4	17.9	13.2	190 ²⁾
	1966/1970	6.9	6.8	6.9	1.0	1.0	17.9	13.2	265 ²⁾
	1971	5.1	6.9	9.4	1.8	1.4	18.7	13.7	290
	1972	5.9	6.4	7.7	1.3	1.2	19.0	13.9	340
	1973	5.2	6.4	12.0	2.3	1.9	20.2	14.8	406
DDR	1961/1965	3.5	5.8	6.0	1.7	1.0	14.7	12.0	180 ²⁾
	1966/1970	5.2	6.5	9.9	1.9	1.5	16.9	14.7	268 ²⁾
	1971	4.4	5.6	6.7	1.5	1.2	17.2	15.0	297
	1972	5.8	6.3	10.7	1.8	1.7	18.0	15.7	363
	1973	5.5	6.8	14.4	2.6	2.1	19.5	17.0	440
Polen	1961/1965	6.2	8.4	10.1	1.6	1.2	11.8	7.4	71 ²⁾
	1966/1970	6.0	8.4	9.4	1.6	1.1	19.9	8.6	109 ²⁾
	1971	8.1	7.9	10.5	1.3	1.3	20.3	8.8	118
	1972	10.1	10.7	19.3	1.9	1.8	22.0	9.5	149
	1973	10.7	11.3	25.7	2.6	2.1	25.0	10.8	193
Rumänien	1961/1965	9.1	13.8	9.8	1.1	0.7		8.2	58 ²⁾
	1966/1970	7.8	11.8	11.8	1.5	1.0		9.9	91 ²⁾
	1971	12.8	11.9	10.3	0.8	0.9		9.7	103
	1972	10.0	11.7	14.3	1.4	1.2		10.1	126
	1973	10.8	14.7	24.8	2.3	1.7		11.4	179
Ungarn	1961/1965	4.1	7.5	10.4	2.5	1.4	26.2	14.6	149 ²⁾
	1966/1970	6.8	6.2	9.7	1.4	1.6	29.3	16.7	224 ²⁾
	1971	6.5	6.6	13.9	2.1	2.1	31.4	17.9	241
	1972	5.1	5.3	8.1	1.6	1.5	32.3	18.6	317
	1973	7.0	7.2	14.0	2.0	1.9	34.4	19.6	414
UdSSR	1961/1965	6.5	8.6	7.7	1.2	0.9	4.7	3.3	35 ²⁾
	1966/1970	7.8	8.5	8.6	1.1	1.0	4.8	3.5	53 ²⁾
	1971	5.6	7.7	7.1	1.3	0.9	4.9	3.6	56
	1972	4.0	6.5	10.1	2.5	1.5	5.1	3.8	62
	1973	8.0	7.4	20.3	2.5	2.7	5.7	4.2	85
RGW-Länder	1961/1965	6.0	8.3	8.3	1.4	1.0			
	1966/1970	7.4	8.4	9.0	1.2	1.1			
	1971	6.4	7.6	8.8	1.4	1.2			
	1972	4.9	7.0	11.1	2.3	1.6			
	1973	7.9	8.0	18.5	2.3	2.3			

Q Statistische Jahrbücher einzelner RGW-Länder — Statističeskij ezegodnik stran-členov Soveta Ekonomičeskoj Vзаимopomosči 1973 Moskau — Economic Bulletin for Europe, Vol. 23, Nr. 2 1972 New York — Eigene Schätzungen. (Brutto-Nationalprodukt auf Grund offizieller Angaben über Netto-Nationalprodukt) — ¹⁾ Die Hälfte der Außenhandelsumsätze im Verhältnis zum Brutto-Nationalprodukt — ²⁾ Letztes Jahr der Berichtsperiode

Gruppiert man die RGW-Länder nach ihrer Außenhandelsintensität, die am Wert der Exporte je Einwohner (Übersicht 1, Sp. 8) gemessen wird, ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge. Nach diesem Kriterium haben Staaten mit höherem Entwicklungsniveau und geringerer Bevölkerungszahl wie die DDR, Ungarn und die ČSSR erheblich höhere Exportwerte je Einwohner als größere und weniger entwickelte Länder. Obwohl sich die Außenhandelsintensität in der Berichtsperiode (1961 bis 1973) in allen RGW-Ländern fast verdreifachte, ist sie noch immer viel niedriger als in vergleichbaren Volkswirtschaften Westeuropas.

Während in den fünfziger Jahren der Außenhandel der RGW-Länder stärker gewachsen war als in der übrigen Welt, blieb er in den sechziger Jahren hinter dem durchschnittlichen Wachstum des Welthandels und der westlichen Industrieländer¹⁾ zurück (Übersicht 2). Dies gilt besonders für die zweite Hälfte der sechziger Jahre. Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Außenhandelsumsätze der RGW-Länder und der entwickelten Marktwirtschaften

¹⁾ Unter „westliche Industrieländer“ bzw. „entwickelte Marktwirtschaften“ werden in dieser Studie die europäischen OECD-Länder, USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und Südafrika verstanden.